

Hubert Kleinert

Bedingungen für einen Frieden in der Ukraine und die Geschichte kriegerischer Konflikte im 20. Jahrhundert – Überlegungen ins Unreine

Unsere Diskussionen der letzten beiden Sitzungen haben mich dazu veranlasst, einige nähere Betrachtungen über die Möglichkeiten für einen Frieden oder zumindest einen Waffenstillstand in der Ukraine anzustellen. Ich versuche dabei, durch das Heranziehen historischer Beispiele Kriterien zu entwickeln, wie ein Ende der Kampfhandlungen denkbar erscheinen könnte. Ausgangspunkt ist dabei, dass moralische, völkerrechtliche und machtpolitische Gesichtspunkte gleichermaßen berücksichtigt werden müssen. Ausgangspunkt ist ferner, dass es sich beim Krieg in der Ukraine um einen nicht provozierten Angriffskrieg der russischen Seite handelt, der darauf angelegt ist, den territorialen Status Quo zugunsten der russischen Seite zu verändern, der die staatliche Integrität und Souveränität der Ukraine in Frage stellt und der insoweit in die Tradition imperialistischer Eroberungskriege eingerückt werden muss. Deshalb sind Vergleiche mit den Jugoslawienkriegen nach 1991, wie sie im Zusammenhang mit Konfliktlösungen von Ischinger angestellt worden sind, nur von begrenztem Wert. Ich werde mich deshalb nachfolgend darauf beschränken, fünf Kriege bzw. ihre Beendigung in die Betrachtung einzubeziehen: 1. Den ersten Weltkrieg. 2. Den zweiten Weltkrieg. 3. Den Koreakrieg Anfang der 1950er Jahre. 4. Den Vietnamkrieg und den Krieg der Sowjetunion in Afghanistan. 5. Den Irakkrieg 1990/91.

Es versteht sich, dass historische Analogien immer problematisch sind. Irgendwas ist immer irgendwie anders. Und die nachfolgenden Seiten werden auch zeigen, dass es fast unmöglich ist, aus den Kriegen des 20. Jahrhunderts wirklich eindeutige Schlüsse im Blick auf die Realität von heute zu ziehen. Dennoch macht es Sinn, in der Geschichte nach Parallelen und in den realgeschichtlichen Abläufen danach zu suchen, inwieweit sie geeignet sind, bei der Beurteilung heutiger Sachverhalte hilfreich zu sein. Mich jedenfalls hat der Ausflug in die Geschichte des Kriegsgeschehens im 20. Jahrhundert angeregt. Ich stelle deshalb das Nachfolgende gerne zur Verfügung.

1. Der erste Weltkrieg

Über die Ursachen und die „Schuldfrage“ im Zusammenhang mit dem ersten Weltkrieg besteht bis heute kein wirklicher Konsens. Die im Versailler Vertrag erfolgte Feststellung, dass das Deutsche Reich die alleinige Kriegsschuld trage, ist in der Weimarer Zeit in Deutschland von keiner Seite des politischen Spektrums akzeptiert worden. Der sozialdemokratische Reichskanzler Scheidemann ist 1919 angesichts der Aussicht, diesen Vertrag unterzeichnen zu müssen, lieber zurückgetreten. Und auch diejenigen, die ihn dann unterschrieben haben, haben es getan, weil sie angesichts der Aussicht, dass ansonsten die militärische Besetzung des ganzen Deutschland drohe, keine Alternative sahen. Unstreitig dagegen ist in der historischen Forschung, dass der Versailler Vertrag wesentlich dazu beigetragen hat, die Stabilität der ersten deutschen Demokratie zu gefährden und die Agitation der politischen Rechten gegen Weimar zu begünstigen. Wie das endete, ist bekannt.

Nachdem in der Zeit nach 1945 hierzulande zunächst das Bild einer multikausalen Ereigniskette den Blick auf die Ursachen des ersten Weltkrieges bestimmt hatte, hatte sich in der Folge von Fritz Fischers Buch vom „Griff nach der Weltmacht“ seit den sechziger Jahren auch bei uns ein Geschichtsbild durchgesetzt, dass die Kriegsschuld allein oder doch ganz überwiegend dem Deutschen Reich zugewiesen hat. Als Belege dafür hielten die militärischen Planspiele vom „Präventivkrieg“ gegen Frankreich, vor allem aber die Garantieerklärung für Österreich-Ungarn Anfang Juli 1914 her, die als Drängen der Deutschen auf eine harte Haltung gegenüber Serbien nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Ende Juni und der offensichtlichen Verwicklung serbischer Stellen darein interpretiert wurde.

Mit der vielbeachteten Studie des australischen Historikers Clarke („Die Schlafwandler“) 2014 hat sich erneut ein gewisser Paradigmenwechsel ergeben. Clarke sieht den Ausbruch des ersten Weltkriegs eher als Konsequenz eines verhängnisvollen, im Kern multikausalen Prozesses, mit dem die europäischen Großmächte in den Abgrund mehr „geschliddert“ als planvoll hineingeraten sind. Dabei spielt die Entscheidung des russischen Zaren zur Mobilmachung als Reaktion auf die österreichische Kriegserklärung an Serbien Ende Juli 1914 eine besondere Rolle.

Wie immer man das im Einzelnen beurteilen mag: Fest sieht, dass die berühmte 14-Punkte-Erklärung des amerikanischen Präsidenten Wilson vom Januar 1918 in einem gewissen Widerspruch zum Versailler Vertrag stand. Wilson hatte mit seinen 14 Punkten einen „gerechten Frieden“ vorgeschlagen, der zwar u.a. den Verzicht Deutschlands auf Elsass-Lothringen, die Wiederherstellung der staatlichen Integrität Belgiens, die Gründung eines Völkerbundes, ein „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ u.ä. vorsah, nicht aber eine Art „Bestrafung der Deutschen“. Von einer Abtretung weiterer Gebiete (z.B. Ostoberschlesien) war da ebenso wenig die Rede wie von gewaltigen Reparationslasten, einer Besetzung der linksrheinischen Gebiete oder einer 100.000-Mann-Reichswehr.

Nachdem die militärische Führung des Deutschen Reiches in Person von Hindenburg und Ludendorff der überraschten politischen Führung mitgeteilt hatte, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei, setzte die neue politische Führung unter Reichskanzler Max von Baden ab Anfang Oktober 1918 ihre Hoffnungen auf einen Friedensschluss auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons. Um günstigere Voraussetzungen dafür zu schaffen, wurde u.a. die Parlamentsverantwortlichkeit des Reichskanzlers geschaffen und erstmals eine Beteiligung der Sozialdemokraten an der Reichsregierung vorgenommen. Das Deutsche Reich war jetzt für wenige Wochen eine parlamentarische Monarchie. Unklar blieb, ob die Amerikaner die Abdankung des Kaisers und die Schaffung einer parlamentarischen Demokratie zur Voraussetzung für einen Friedensschluss machen würden. Entsprechende Sondierungen brachten im Laufe des Oktober keine klaren Ergebnisse. Klar war allerdings bald, dass Frankreich und Großbritannien nicht davon ausgingen, dass die 14 Punkte die uneingeschränkte Grundlage für einen Friedensschluss mit Deutschland liefern würden.

So führten die Sondierungen im Laufe des Oktober zu nichts und wichen schon die Waffenstillstandsbedingungen vom 11.11. insoweit von Wilsons 14 Punkten ab, als nun nicht nur der Rückzug der Deutschen aus Frankreich und Belgien verlangt wurde, sondern auch der Rückzug der deutschen Truppen aus den linksrheinischen Gebieten des Landes, in denen dann ja bis 1930 französische Truppen standen.

Die Geschichte des Versailler Vertrages lässt sich dann im weiteren gut als Geschichte eines allmählichen Abrückens der Amerikaner von der Grundlinie der 14 Punkte erzählen (vgl. Margret Mac Millan, Die Friedensmacher, Berlin 2015). Das hatte nicht nur damit zu tun, dass vor allem Frankreich auf eine harte „Bestrafung“ der Deutschen drängte, sondern auch mit Schwächen und Unklarheiten in Wilsons Konzept selbst. So war den Amerikanern offenbar selbst nicht klar, ob mit der Formel vom „Selbstbestimmungsrecht“ nicht nur die Notwendigkeit der Schaffung eines polnischen Staates verbunden sein sollte, sondern ob das Gleiche auch für die Ukrainer und z.B. für die Kurden gelten sollte. Briten und Franzosen dachten auch gar nicht daran, das „Selbstbestimmungsrecht“ auch Arabern und Indern zuzubilligen (vgl. die berühmte Geschichte von Lawrence von Arabien).

Jedenfalls konnte sich der hohe moralische Anspruch Wilsons mit seiner idealistischen Vorstellung einer neuen Weltordnung auf der Basis von Selbstbestimmung, Abrüstung und Freihandel gegen den machtpolitischen Sieger-Pragmatismus von Franzosen und Briten nicht behaupten. Zwar konnte Wilson seine Lieblingsidee vom Völkerbund durchsetzen. Aber nachdem der amerikanische Präsident nicht einmal den Beitritt seines eigenen Landes zu diesem auf seine Initiative zurückgehenden Bund

innenpolitisch durchsetzen konnte, weil die Mehrheit im Kongress ihm nicht folgen mochte, war er am Ende seiner Amtszeit im Grunde gescheitert.

Im Ergebnis des ersten Weltkrieges entstand eine labile Nachkriegsordnung, die beim wichtigsten Kriegsverlierer in der Folge harter und als Demütigung empfundener Friedensbedingungen neue Revanchegeleüste provozierte, den europäischen Kontinent mit einer Fülle von nationalen Minderheitenkonflikten zurückließ (vor allem in der Folge der Auflösung von Österreich-Ungarn) und auch in der außereuropäischen Welt durch das Beharren von Frankreich und Großbritannien auf ihre kolonialen Ansprüche eine Vielzahl von Enttäuschungen hervorrief. Zu den Enttäuschten gehörten übrigens auch die Ukrainer, deren kurzzeitige Eigenstaatlichkeit weder von der neuen Sowjetmacht noch vom neuen polnischen Staat akzeptiert wurde.

Was können wir vom Friedensschluss 1918/19 lernen? Der erste Weltkrieg ist militärisch durch den Kriegseintritt der USA 1917 entschieden worden. Weil im Frühjahr/Sommer 1918 bereits eine Million amerikanischer Soldaten an der Westfront standen, hatte die deutsche Frühjahrsoffensive 1918 keine Chance, einen kriegsentscheidenden Durchbruch zu erzielen. Im Gegenteil konnten die Alliierten im Sommer und Frühherbst dann die deutschen Linien durchbrechen. Vor diesem Hintergrund war schließlich selbst die militärische Führung des Deutschen Reiches bereit, einem Verhandlungsfrieden zuzustimmen. Dass Hindenburg und Ludendorff das später selbst nicht mehr einzugestehen bereit waren und stattdessen die „Dolchstoßlegende“ in die Welt setzten, steht auf einem anderen Blatt.

Dass sich Wilson mit seinem hochfahrenden moralischen Idealismus trotz dieser kriegsentscheidenden Rolle der US-Truppen und der Verschuldung von Briten und Franzosen bei den Amerikanern nicht gegen das machtpolitische Interesse der Briten am Erhalt ihres weltumspannenden Kolonialreiches, das überbordende Rachebedürfnis der Franzosen gegenüber Deutschland und die mehrheitlich auf Revanche gestimmte öffentliche Meinung in den europäischen Siegermächten durchsetzen konnte, hat der Welt 1919 ein Vertragswerk beschert, das sich letztlich als kurzsichtig und in den Folgen katastrophal herausgestellt hat. John Maynard Keynes, der Mitglied der britischen Verhandlungsdelegation in Versailles gewesen war, hat übrigens schon in seiner 1919 erschienenen Schrift „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ diese Konsequenzen vorausgesagt. Eine dieser Konsequenzen bestand in einem latent schlechten Gewissen der politischen Eliten in Großbritannien, die sich dann in der mit der Appeasement-Politik der 30er Jahre verbundenen Bereitschaft zeigte, die wiederholten Verletzungen des Versailler Vertrages durch Adolf Hitler einfach hinzunehmen.

Natürlich sind der erste Weltkrieg und der Ukrainekrieg von heute schon deshalb unvergleichlich, weil heute die Schuldfrage viel eindeutiger ist. Russland ist der Aggressor und die Ukraine das Opfer. Aber schon die Frage nach möglichen Sicherheitsgarantien für die Ukraine als Voraussetzung für einen Frieden provoziert die Erinnerung an Versailles. Die französische Haltung wollte Deutschland entwaffnen, es künftig niederhalten und das Land verkleinern. Und man wollte dem Kriegsverlierer die Rechnung für die gewaltigen Schäden präsentieren, die der Krieg in Nordfrankreich und Belgien angerichtet hatte. Am liebsten hätte Frankreich die Rheingrenze bekommen oder auf linksrheinischem Gebiet einen deutschen Separatstaat gesehen.

Die französische Position mag angesichts der ungeheuren Zerstörungen und der zwei Millionen Kriegstoten ebenso nachvollziehbar sein wie angesichts der Tatsache, dass der preußisch-deutsche Staat den französischen Kriegsverlierern 1871 die damals ungeheure Summe von fünf Milliarden Goldmark als Reparationslast auferlegt hatte. Wohin dieses Bedürfnis nach Rache und Revanche aber geführt hat, wissen wir alle. Wir sollten das nicht aus dem Auge verlieren, wenn wir über die Bedingungen nachdenken, die Russland für und nach einem Friedensschluss zu erfüllen hätte.

2. Der zweite Weltkrieg

Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch den deutschen Überfall auf Polen am 1. September und der Überfall Russlands auf die Ukraine weist in zweierlei Hinsicht Parallelen auf: Beides sind klassische Eroberungskriege und in beiden Fällen ist die Schuldfrage eindeutig. Die Gemeinsamkeiten reichen sogar noch weiter: In beiden Fällen haben die Aggressoren abenteuerliche Begründungen genannt. Hitler ließ einen angeblichen „Überfall“ auf den deutschen Sender Gleiwitz fingieren und sprach davon, dass nunmehr in Polen „zurückgeschossen“ werde. Putin spricht von einem „Naziregime“ in Kiew und von angeblichen Gräueltaten im Donbass. Natürlich gibt es auch Unterschiede: Trotz der Kriegsverbrechen in Butscha und anderswo lässt sich kaum von einem systematisch angelegten rassistischen Vernichtungskrieg sprechen, wie es ihn in der Kriegsführung der Nazis im Osten gegeben hat. Und trotz der extrem autoritären Formierung und Gleichschaltung der russischen Gesellschaft und der brutalen Unterdrückung jeglicher Opposition lässt sich nicht von einer planvollen Vernichtung gesellschaftlicher Minderheiten sprechen, die an den Holocaust erinnerte. Eher offenbart die russische Gesellschaft von heute stalinistische Züge – nur ohne Planwirtschaft, Abschaffung des Privateigentums und einem Millionenheer von Zwangsarbeitern in den Gulags.

Auch der zweite Weltkrieg ist durch den Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 entschieden worden. Erst der japanische Überfall auf Pearl Harbour und die Kriegserklärung Adolf Hitlers schufen die Voraussetzungen dafür, nachdem die Mehrheit der Amerikaner über lange Zeit zwar die Nazi-Herrschaft verurteilt und die Briten unterstützt, eine aktive Kriegsbeteiligung der USA jedoch abgelehnt hatte. Roosevelt, der insgeheim spätestens nach der Niederlage Frankreichs 1940 einen amerikanischen Kriegseintritt für unausweichlich hielt, hatte seinen Wählern noch im Wahlkampf 1940 versprochen, er werde ihre Söhne „nicht in irgendeinen fremden Krieg“ schicken. Während die US-Flotte im Atlantik bereits aktive Hilfe gegen deutsche U-Boote leistete und im August 1941 Roosevelt und Churchill sich in der Atlantik-Charta auf eine enge Kooperation verpflichteten, lehnten immer noch drei Viertel der Amerikaner eine Kriegserklärung an Deutschland ab. Erst der Überraschungsangriff der Japaner auf Pearl Harbour nach dem definitiven Scheitern der Verhandlungen über einen japanischen Abzug aus China entthob Roosevelt der Notwendigkeit, seine Landsleute von der Notwendigkeit einer Kriegsbeteiligung zu überzeugen. Es ist sogar behauptet worden, Roosevelt und/oder Churchill hätten Informationen über einen bevorstehenden japanischen Luftangriff auf den Flottenstützpunkt auf Hawaii absichtsvoll zurückgehalten, um die gewünschte Legitimation für einen Kriegseintritt zu bekommen; die These ist allerdings überzeugend widerlegt (vgl. Heideking/Mauch, Geschichte der USA, 5. Aufl., 2007).

Nicht die Schlacht um Stalingrad, sondern der Dezember 1941 brachte die Wende des Krieges. Denn während die ausgemergelten deutschen Truppen vor Moskau zurückgeschlagen wurden, verfügten die Amerikaner über gewaltige materielle und menschliche Ressourcen, die sie in relativ kurzer Zeit mobilisieren konnten. Bereits 1943 konnte die amerikanische Rüstungswirtschaft 30.000 Panzer und 86.000 Flugzeuge produzieren. 16 Millionen Soldaten dienten bis 1945 in der Army, darunter eine Million Afro-Amerikaner und 100.000 Frauen. Mit einem Gesamtanteil von 45% an der Erzeugung aller Kriegsgüter weltweit wurden die USA fortan zum bei weitem größten „Waffenarsenal“ der Welt. Sie versorgten dabei nicht nur ihre demokratischen Partner mit, sondern auch die Sowjetunion und China. Gemessen an solchen Zahlen fiel das US-Haushaltsdefizit von 1945 mit 259 Mrd. Dollar vergleichsweise niedrig aus.

Gemessen an den 13 Millionen gefallener Rotarmisten (andere Quellen sprechen von 10, wieder andere von mehr als 15 Mio) mutet die Zahl von 300.000 getöteten US-Soldaten (andere Quellen sprechen von 407.000) im zweiten Weltkrieg eher niedrig an. Aus dieser Sicht hat natürlich die Sowjetunion die bei weitem größten Opfer für die Befreiung der Welt von der Nazibarbarei gebracht.

Ohne die gewaltigen Lieferungen von Waffen und militärischem Gerät aus Amerika aber wäre der Vormarsch der Roten Armee bis nach Berlin weitaus schwieriger gewesen. Dass im Russland von heute der amerikanische Beitrag zum Sieg gegen den Hitlerfaschismus gerne verschwiegen wird, hat mit der Wirklichkeit wenig zu tun. Eine Wirklichkeit von Menschenopfern, die natürlich mit der besonderen Brutalität der Kriegsführung im Osten zu tun hatte. Aber auch mit größerer Rücksicht auf die eigenen Soldaten: Die Amerikaner mieden nach Möglichkeit verlustreiche Häuserkämpfe. Insgesamt sind 5,3 Mio deutsche Soldaten getötet worden, davon ca. 3,8 Mio an der Ostfront.

Im Januar 1943 haben sich Roosevelt und Churchill in Casablanca nicht nur auf die Eröffnung einer „zweiten Front“ im Westen verständigt und dem Drängen Stalins damit Rechnung getragen. Sie haben auch das Kriegsziel einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, Japans und Italiens festgelegt. Damit war jede Form eines Verhandlungs- oder Verständigungsfriedens ausgeschlossen. Diese Festlegung auf den „unconditional surrender“ zielte nach Ansicht vieler Historiker vor allem darauf, dem überaus misstrauischen Stalin die Angst zu nehmen, es könne am Ende doch zu irgendeinem Separatfrieden der Westmächte mit Hitlerdeutschland kommen.

Uns Nachgeborenen erscheint diese Festlegung in Kenntnis der beispiellosen Verbrechen des Naziregimes nur allzu konsequent und folgerichtig. Man sollte aber auch nicht übersehen, dass sie zwei weniger angenehme Konsequenzen hatte. Zum einen machte sie die Deutschen in ihrer Gesamtheit zum Komplizen von Hitlers Verbrecherregime und musste so die Tätergemeinschaft erst recht zusammenschweißen. Da Hunderttausende an den Untaten des Regimes beteiligt waren und Millionen davon wussten oder doch wenigstens ahnten, dass sie schrecklichste Dinge zumindest hingenommen hatten, stabilisierte die Angst vor der Vergeltung der Sieger den Zusammenhalt des Regimes bis fast zum Schluss. Zum anderen ließ die Ablehnung jeder Verhandlungslösung auch der Opposition in Deutschland keine Chance. Wären die Verschwörer des 20. Juli 1944 erfolgreich gewesen – auch mit ihnen hätte es keine Verhandlung gegeben. Die fast verzweifelten Versuche der Männer um Stauffenberg, Beck und Goerdeler, Kontakt mit den Engländern aufzunehmen, hatten keine Chance. Die Alliierten wollten mit ihnen nichts zu tun haben.

Natürlich kann niemand mit letzter Sicherheit sagen, was geschehen wäre, wenn die Nachricht von Attentat und gelungenem Umsturz in Deutschland nach dem 20. Juli 1944 Washington und London erreicht hätte. Auf einen Verhandlungsfrieden aber hätten auch Beck und Goerdeler kaum hoffen können.

Damit soll nicht gesagt werden, dass der „unconditional surrender“ ein Fehler war. Irgendeine Form von Verhandlung oder gar Verständigung mit Hitler und seinen Mordgesellen war undenkbar und wäre moralisch skandalös gewesen. Wie vorsichtig man freilich mit moralischen Kategorien in diesem Zusammenhang sein muss, zeigt ein Blick auf den sowjetischen Bündnispartner. So heißt es, Roosevelt habe nicht wahrhaben wollen, dass Stalin, der im Amerika der Kriegszeit auch gerne als „Uncle Joe“ titulierte wurde, für die Ermordung von 4.000 polnischen Offizieren 1939 verantwortlich war.

Moralisch bis heute hoch umstritten sind auch die amerikanischen Atombombenangriffe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im August 1945, bei denen nach unterschiedlichen Angaben zwischen 110.000 und 150.000 Menschen ums Leben kamen und die zur bedingungslosen Kapitulation Japans führten. Im Sommer 1945 hatten die USA einen ersten erfolgreichen Atombombentest in der Wüste von Nevada durchgeführt. Gleichzeitig stand die Frage einer Invasion der japanischen Hauptinsel, weil die Tokioter Regierung eine Kapitulation weiterhin ablehnte. Nachdem schon die Kämpfe auf den Inseln Iwo Jima und Okinawa mit erheblichen Verlusten verbunden gewesen waren, fürchtete Kriegsminister Stimson gewaltige Opferzahlen. Neben dem Bestreben, amerikanische Menschenleben zu schonen, spielten bei Trumans Entscheidung, die

Bombe einzusetzen, auch noch andere Faktoren eine Rolle, etwa die starke antijapanische Stimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit. Auch das Motiv, die Sowjetunion zu warnen, wird von Historikern genannt. Heideking/Mauch schreiben, dass es „unter den gegebenen Umständen“ „mehr Mut und moralischer Autorität“ bedurft hätte, dem Drängen von Politikern und Militärs, die Bombe einzusetzen, nicht nachzugeben als umgekehrt. Niemand kann wissen, was geschehen wäre, hätte Truman anders entschieden und hätte die Invasion der japanischen Hauptinsel tatsächlich stattfinden müssen.

Natürlich ist bei aller Brutalität der russischen Kriegsführung der Ukrainekrieg von heute nicht mit dem Zweiten Weltkrieg vergleichbar. Der Krieg ist eine Katastrophe für die Ukraine (und für viele Russen), ein Problem für die Welt, aber kein Weltenbrand. Dennoch stellt sich auch heute die Frage, ob ein Putin als russischer Verhandlungsführer bei einem Friedensabkommen überhaupt noch vorstellbar ist. Ein Putin, der einen „Fehler“ gemacht hat, der sich dann aber verständigungsbereit zeigt und als Verhandlungspartner gewissermaßen in Gnaden wiederaufgenommen wird – wie soll das eigentlich gehen? Gewiss, Realpolitik kennt verschlungene Wege und auch ein Milosevic landete in Den Haag – fünf Jahre, nachdem man mit ihm den Frieden von Dayton ausgemacht hatte. Aber Russland ist nicht Serbien und der Konflikt wird von russischer Seite mit Bedacht als globaler Konflikt mit dem Westen inszeniert. Vieles erinnert dabei an die Anfangsphase des Kalten Krieges. Und wenn Russland jetzt angeblich so sehr vom Westen bedroht ist, wenn es um die Zukunft Russlands in der Welt geht, wie er selbst das immer wieder zu suggerieren sucht, dann ist es ja fast schon eine Art zweiter „vaterländischer Krieg“. Weil das so ist, fällt es so schwer, sich vorzustellen, welche Art von „Gesichtswahrung“ für die russische Seite mit einem Friedensschluss verbunden sein könnte. Der Rückzug aller Truppen aus der Ukraine und die Rückgabe der Krim wären ja doch das Eingeständnis einer kompletten Niederlage.

3. Der Koreakrieg

Am 25. Juni 1950 begann mit dem Überfall nordkoreanischer Einheiten auf den Süden des Landes der Koreakrieg, der bis 1953 andauerte, nach wechselvollem Kriegsverlauf mit der Wiederherstellung der alten Demarkationslinie zwischen Nord und Süd endete und insgesamt ca. 4,5 Millionen Tote kostete, darunter ca. 2,5 Millionen Nordkoreaner, je eine Million Südkoreaner und Chinesen sowie 40.000 UN-Soldaten, darunter 37.000 Amerikaner.

Dem Krieg vorausgegangen war 1945 die Spaltung des Landes in einen von sowjetischen Truppen besetzten nördlichen Teil und eine amerikanische Zone im Süden. Dem wieder vorausgegangen war die militärische Niederlage Japans, das sich schon 1910 die koreanische Halbinsel als Teil ihres eigenen Machtbereichs einverleibt hatte. Zwar hatten die Siegermächte des zweiten Weltkriegs zunächst die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Koreas vorgesehen. Doch im Zuge des beginnenden Kalten Krieges verloren beide Seiten das Interesse daran. Während sich im Norden unter Kim Il Sung ein kommunistisches System etablierte, stand das zunehmend autoritäre Regime des Südens unter Rhee-Syong-Mon unter dem Schutz der Amerikaner. Diese hatten im August 1948 der Schaffung einer Koreanischen Republik zugestimmt und Rhee-Syong-Mon die Regierungsgeschäfte übergeben. Im Gegenzug hatte Kim Il Sung in Pjöngjang im September die „Demokratische Volksrepublik Korea“ ausgerufen. Beide Seiten beanspruchten für sich, das ganze Korea zu vertreten.

Kim Il Sung hatte Stalin schon 1949 gedrängt, einer militärischen Operation gegen den Süden zuzustimmen und die nötige politische und militärische Unterstützung dafür bereitzustellen. Dieser hatte zunächst abgelehnt, 1950 aber seine Haltung dazu geändert. Zuvor waren die sowjetischen Truppen aus Nordkorea abgezogen worden, um die Amerikaner im Süden zu drängen, den gleichen Schritt zu vollziehen.

In der Literatur wird die Veränderung der Haltung Stalins mit einer Rede des amerikanischen Außenministers Acheson in Zusammenhang gebracht, die im Frühjahr 1950 in Moskau so verstanden worden sei, dass die von Acheson definierte Verteidigungslinie des Westens im Kalten Krieg den südlichen Teil Koreas nicht einschlieÙe. Daraufhin habe Stalin dem Drängen Kims nachgegeben. Zuvor waren die Truppen Nordkoreas mit sowjetischem Kriegsgerät ausgerüstet worden. 1950 waren sie den südkoreanischen Verbänden militärisch deutlich überlegen.

Der UN-Sicherheitsrat verurteilte – bei Abwesenheit des sowjetischen Vertreters (Maos Regime in China war zu dieser Zeit nicht Mitglied) – noch am 25.6. die nordkoreanische Aggression und ermächtigte die Amerikaner zur Führung einer Militärmission unter Führung von General MacArthur, an der dann 16 Staaten beteiligt waren.

Zunächst freilich waren die südkoreanischen und amerikanischen Verbände dem Vormarsch der Nordkoreaner nicht gewachsen. Schon nach drei Tagen hatten diese Seoul besetzt und rückten weit nach Süden vor. Schließlich befanden sich weite Teile Südkoreas unter der Kontrolle der Nordkoreaner. Erst nachdem die Amerikaner große Truppenteile aus Japan nach Korea verschifft hatten, waren die Truppen Mc Arthurs zu einem mächtigen Gegenangriff in der Lage, der dann zur Wiedereroberung Seouls führte. Im Oktober überschritten die von den USA geführten Truppen die alte Demarkationslinie. Dies war durch das UN-Mandat nicht gedeckt. Truman aber stimmte dem Vorgehen zu. Der Vormarsch führte dann bis weit in den Norden. Bald war auch Pjöngjang erobert. In dieser Lage befahl Mao-Tse-Tung den Einsatz einer zunächst aus 200.000 Mann bestehenden chinesischen „Volksfreiwilligenarmee“, die später um mindestens eine halbe Million chinesischer Soldaten ergänzt wurde. Tatsächlich muss vom massiven Eingriff regulärer chinesischer Truppen ausgegangen werden.

Die nun überlegenen chinesisch-nordkoreanischen Einheiten konnten die UN-Truppen wieder weit nach Süden zurückdrängen. Seoul wurde ein zweites Mal von ihnen besetzt. In dieser Lage verlangte McArthur im Januar 1951 den Einsatz von Atombomben gegen 34 chinesische Städte, eine Seeblockade Chinas und den Einsatz taiwanesischer Einheiten gegen das chinesische Festland. Truman aber lehnte ab und entließ MacArthur einige Wochen später. Gleichwohl gelang den westlichen Truppen die Wiedereroberung großer Teile Südkoreas und die erneute Wiedereinnahme Seouls. Ganz in der Nähe der alten Grenzlinie schloÙ dann im Frühjahr 1951 der Bewegungskrieg ein. Über diplomatische Kontakte zwischen den USA und der Sowjetunion begannen noch im selben Jahr Friedensverhandlungen, die sich allerdings bis zum Sommer 1953 hinzogen. Erst dann kam es zu einer Vereinbarung, die praktisch den alten Zustand wiederherstellte.

Im Gegensatz zur deutschen Frage ist die koreanische Frage bis heute ungelöst. Während Südkorea nach langen Jahren eines autoritär-diktatorischen Regimes seit den 1980er Jahren eine demokratische Entwicklung durchgemacht, dabei wirtschaftlich ungeheuer prosperiert hat und heute als eine der nicht sehr zahlreichen stabilen asiatischen Demokratien gelten kann, hat im Norden eine kommunistische Dynastie das bettelarme Land fest im Griff. Ausgestattet mit Atomwaffen, kann das Regime dort sogar als Gefahr für den Weltfrieden betrachtet werden.

Der Koreakrieg kann für uns insoweit von Interesse sein, als er zeigt, wie trotz eindeutiger „Schuldverteilung“ – die Aggression des Nordens mit Unterstützung aus Peking und Moskau war eindeutig unprovokiert – ein Arrangement der Großmächte den Weg zum Stillstand der Waffen ebnen konnte. Dabei war die Gefahr eines Atomkrieges weitaus größer als heute: Hätte Truman Anfang 1951 den Forderungen MacArthurs nach Einsatz von Atomwaffen und einer Landeoperation der Truppen Tschiang-Kai-Tscheks auf dem chinesischen Festland nachgegeben – womöglich hätte das den dritten Weltkrieg bedeutet. Man soll die Rolle einzelner Personen in der Weltgeschichte nicht über-, aber auch nicht unterschätzen: Man stelle sich nur einmal vor, ein Mann vom Zuschnitt

eines Donald Trump wäre 1951 an der Stelle eines Truman gewesen. Hätte auch er MacArthurs Forderung zurückgewiesen?

4. Der Vietnamkrieg und der Krieg in Afghanistan

Der Vietnamkrieg ist uns nicht nur deshalb näher, weil er zeitlich „nur“ knapp fünfzig Jahre zurückliegt. Ich nehme auch an, dass ich nicht der Einzige bin, für dessen politische Sozialisation er in jungen Jahren eine Rolle gespielt hat.

Wenn man Ursachen und Beweggründe untersuchen will, die hier die entscheidende Rolle gespielt haben, stößt man auf zwei miteinander verschränkte Bündel von Ursachen. Zum einen spielt der Antikolonialismus eine ursächliche Rolle, zum anderen der Kalte Krieg und die sogenannte „Domino-Theorie“ der Amerikaner, die davon ausging, dass ein Sieg des Vietcong und der nordvietnamesischen Seite auf jeden Fall verhindert werden müsse, weil ansonsten weite Teile Südostasiens in den kommunistischen Machtbereich gerieten.

Der Konflikt führt im Grunde zurück bis ins Jahr 1920, als die Siegermächte des ersten Weltkrieges den Hoffnungen der vietnamesischen Nationalbewegung um den jungen Ho Chi Minh auf einen eigenen Staat endgültig eine Abfuhr erteilt hatten. Auch Ho hatte auf das mit den 14 Punkten Wilsons formulierte „Selbstbestimmungsrecht“ gesetzt. Stattdessen blieb es beim französischen Kolonialreich von Indochina, das die drei heutigen Staaten Laos, Kambodscha und Vietnam umfasste. Ho war fasziniert von Lenins Imperialismustheorie und der dort formulierten Annahme, dass der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium quasi gesetzmäßig von den kolonialen Rändern her bedrängt werden müsse und ging nach Jahren in der Sowjetunion 1941 zurück nach Vietnam, um dort gegen die japanischen Besetzer zu kämpfen. Nach der Niederlage der Franzosen 1940 hatte das von Deutschland abhängige Vichy-Regime einer militärischen Besetzung Indochinas durch Japan zustimmen müssen. Bald stand Ho an der Spitze der Vietminh, in der sich vietnamesische Nationalisten und Kommunisten zusammenfanden. In den Kämpfen gegen die Japaner wurde Ho von den Alliierten unterstützt. Auch bei der Befreiung von der japanischen Herrschaft 1945 genoss er zunächst die Unterstützung der Amerikaner.

Die Franzosen aber wollten ihr Kolonialreich in Indochina wiederherstellen, besetzten Ende 1945 Südvietnam und setzten einen Kaiser Bao Dai als Chef einer Marionettenregierung ein. Daraus ergab sich die Teilung Vietnams in einen nördlichen und einen südlichen Teil. Obwohl sich Ho und die Franzosen zunächst auf eine fünfjährige Übergangsphase geeinigt hatten, die Hos Kontrolle über Nordvietnam anerkannte, kam es in der Folgezeit zu einer Eskalation gewaltsamer Konflikte, die zum ersten Indochinakrieg führten, der 1954 mit der Niederlage der Franzosen bei Dien Bien Phu endete.

In der Zwischenzeit hatte der Kalte Krieg begonnen. Damit hatte sich die amerikanische Haltung gegenüber dem „antikolonialen“ Regime im Norden Vietnams verändert. Während die Franzosen antikommunistische Kräfte im Süden förderten, fand Ho Chi Minh Unterstützung in Moskau und Peking. Amerika dagegen unterstützte finanziell die Franzosen. Nachdem Moskau und Peking das nordvietnamesische Regime Hos als einzig legitime Vertretung Vietnams anerkannt hatten, revanchierten sich die Amerikaner mit der parallelen Anerkennung Südvietnams. Gleichzeitig weiteten sie die Unterstützung der Franzosen aus. Das Ganze vollzog sich parallel zur Eskalation des Konflikts in Korea.

Die Niederlage bei Dien Bien Phu führte Ende 1954 zum Rückzug der Franzosen und im Sommer zur Genfer Indochinakonferenz, die die Teilung des Landes in einen nördlichen und einen südlichen Teil vorsah. 1956 sollten in beiden Teilen Vietnams Wahlen durchgeführt werden. Das Abkommen wurde von der Sowjetunion, China, den vietnamesischen Kriegsparteien, Frankreich und GB unterzeichnet, nicht aber von den USA. Es sah die Bildung unabhängiger Staaten in beiden Vietnams, Laos und

Kambodscha vor, die keinen Militärblöcken angehören sollten. 1954 entstand mit der SEATO auch ein Militärbündnis, dem neben den USA, Frankreich und GB Pakistan, Thailand, die Philippinen, Australien und Neuseeland angehörten.

Bei Kriegsende waren ca. 100.000 Kämpfer der Vietminh in Südvietnam zurückgeblieben. Ursprünglich sollten 90% von ihnen in den Norden zurückkehren. Tatsächlich aber sind aus unterschiedlichen Gründen die meisten im Süden verblieben.

1954 hatte das formelle Staatsoberhaupt Südvietnams, Bao Dai, den katholischen Antikommunisten Diem zum Premierminister ernannt. Dieser bevorzugte bei der Ämtervergabe die katholische Minderheit und geriet rasch in Konflikte mit der buddhistischen Mehrheit. 1955 zwang er Bao Dai zum Rücktritt und wurde selbst Staatschef, wobei die Regierung immer deutlicher autoritäre Züge annahm. Zuvor war es in Saigon zu einem regelrechten Bürgerkrieg gegen buddhistische Sekten gekommen, in dem Diem obsiegte. Da Diem fürchten musste, eine Wahl in Gesamtvietnam zu verlieren, wurde der für 1956 vorgesehene Wahltermin abgesagt. Dabei wurde Diem von den Amerikanern unterstützt. Das Diem-Regime berief sich – wie die Amerikaner – darauf, dass man die Vereinbarung von Genf nicht unterzeichnet habe.

In den Folgejahren kam es zur Ausbildung eines Regimes in Südvietnam, das immer mehr Züge einer Militärdiktatur trug. Seine wichtigste Stütze waren die USA, die dann im Zuge beginnender Guerillaaktionen ehemaliger Kader des Vietminh immer mehr Militärberater ins Land schickten, die den Aufbau der südvietnamesischen Armee vorantreiben sollten. Zwar gab es in der US-Administration auch immer wieder kritische Stimmen, die vor einer vorbehaltlosen Unterstützung des Diem-Regimes warnten. Doch auch für Präsident Eisenhower galt die Domino-Theorie: Südvietnam dürfe keinesfalls für den Westen verlorengehen.

Während Diem eine militant antikommunistische Politik verfolgte, der viele Anhänger Hos im Süden das Leben kostete, und mit gewaltsamen Umsiedlungsaktionen auf dem Lande viele Bauern gegen sein Regime aufbrachte, beschloss der kommunistische Norden, in Südvietnam geborene ehemalige Vietminh-Kämpfer in den Süden zurückgehen zu lassen. 1960 formierte sich dann nach dem Vorbild von Maos chinesischer Revolutionsarmee die NLF (nationale Front für die Befreiung Südvietnams), die gezielte Terroranschläge gegen das Diem-Regime unternahm. Bis 1963 sollen es ca. 4000 gewesen sein. Gleichzeitig verstand man sich als Motor einer Sozialrevolution, der die Landbevölkerung zum Aufstand motivieren sollte. Nordvietnam unterstützte die NLF mit Geld und Waffen. Eine Unterstützung mit Truppen begann dagegen erst 1963.

Präsident Kennedy setzte diese Linie der amerikanischen Politik fort; 1962 befanden sich ca. 16.000 Militärberater im Lande. 1963 kam es zu einer weiteren Eskalation, nachdem es zu regelrechten Aufständen und zu spektakulären Selbstverbrennungsaktionen buddhistischer Mönche gekommen war. Jetzt endlich entzogen die Amerikaner dem Diem-Regime ihre schützende Hand. Mit Kenntnis des US-Botschafters kam es zu einem Militärputsch, der das Diem-Regime beseitigte. Diem und sein Bruder wurden ermordet. Verteidigungsminister McNamara hatte im Herbst 1963 einen Abzug der Militärberater vorgeschlagen. Angeblich hatte Kennedy – er wurde kurze Zeit später ermordet – den Abzug aller Militärberater bis 1965 geplant. Wirklich gesichert ist das freilich nicht.

Wie nicht selten in der Geschichte, hatte der Putsch, der den Diktator beseitigte, schlimme Folgen: Die Nordvietnamesen, die ein baldiges Eingreifen von US-Truppen befürchteten, beschlossen die Entsendung regulärer Truppen. Hier war jetzt Le Duan der starke Mann, der Ho und Giap ein Stück entmachtete und einen radikaleren Kurs fuhr. In Südvietnam wurde der als gemäßigt geltende buddhistische General Van Minh, der Verhandlungen mit der NLF führen wollte, schon im Januar 1964 von anderen Militärs gestürzt. 1967 wurde dann General Thieu unter umstrittenen Umständen

nach einer Wahl zum südvietnamesischen Präsidenten gekürt, an der die meisten Buddhisten im Lande gar nicht teilgenommen hatten.

Der neue US-Präsident Johnson bewegte sich wieder auf dem Pfad jener „Containment-Doktrin“, nach der es das strategische Interesse der USA sein musste, Südvietnam unter allen Umständen gegen den Kommunismus zu verteidigen. Johnson stand dabei unter dem Druck der republikanischen Opposition, die im Wahljahr 1964 ein noch stärkeres militärisches Engagement in Vietnam verlangte.

Eine neue Phase der Eskalation trat dann in der Folge des bis heute nicht ganz geklärten Zwischenfalls in der nordvietnamesischen Tonking-Bucht im August 1964 ein. Hier kam es zu einem Schusswechsel zwischen einem zu Spionage- und Aufklärungszwecken dort operierenden US-Kriegsschiff und nordvietnamesischen Schiffen. Der Zwischenfall, dessen Einzelheiten Johnson nur in Teilen bekannt gewesen sein sollen, lieferte die Begründung für eine Resolution des US-Kongresses, mit der der Regierung freie Hand für den Einsatz aller für nötig gehaltenen militärischen Mittel gab.

In der Folge begann die Entsendung regulärer amerikanischer Bodentruppen, die durch koreanische und zeitweise auch durch Kontingente aus verschiedenen SEATO-Staaten verstärkt wurden. Schon im Frühjahr 1965 standen 185.000 US-Soldaten in Vietnam. Bis Anfang 1968 stieg diese Zahl auf den Höchststand von knapp 550.000. Gleichzeitig begann man mit der Bombardierung nordvietnamesischer Ziele, wobei zunächst die Bombardierung der militärischen Infrastruktur und der Nachschubwege für den Vietcong vorgenommen wurde. Erst später – unter Nixon – wurden auch Flächenbombardements der Großstädte Hanoi und Haiphong gestartet.

Die Luftangriffe haben ihr Ziel, eine Schwächung der Kampfmoral der Vietnamesen zu provozieren und den Norden zum Rückzug aus dem Süden zu zwingen, zu keinem Zeitpunkt erreicht. Im Gegenteil ließen sie, da sind sich die Historiker einig, die Nordvietnamesen eher zusammenrücken. Große Teile der militärischen Infrastruktur wurden unter die Erde verlegt. 1967 waren neben den ca. 120.000 Kämpfern der NLF bereits 200.000 Soldaten der nordvietnamesischen Armee im Süden aktiv.

Im Süden war der Militäreinsatz der US-Truppen als „Abnutzungskrieg“ angelegt. Ziel sollte es sein, mit möglichst geringen eigenen Verlusten eine möglichst große Zahl der NLF-Kämpfer zu „erledigen“. Maßeinheit war Erfolg oder Misserfolg waren die sog. „Body Counts“, d.h. man maß den Erfolg militärischer Operationen an der Zahl der getöteten Gegner. Dazu konnten NLF-Kämpfer ebenso zählen wie inaktive „Schläfer“. Eine dritte Gruppe bildeten „Personen, die in irgendeiner Weise mit dem Vietcong in Berührung standen“. Dass diese „Strategie“ wilden Gemetzeln Tür und Tor öffnete, vielen Nicht-Kombattanten das Leben kostete und auch zu Manipulationen von Zahlen einlud, ist später heftig kritisiert worden. Zum weltweit bekannten Symbol dafür wurde das Massaker von My Lai.

Heftig kritisiert wurde und wird bis heute auch der 1965 begonnene Einsatz von „Agent Orange“. Darunter versteht man das großräumige Versprühen von (bis 1972) von 70 bis 90 Millionen Litern dioxinhaltiger Herbizide. Sie sollten durch die gezielte „Entlaubung“ von Wäldern und Dschungelgebieten den NFL-Kämpfern Schutz und Nachschubwege nehmen. Für diesen Einsatz nutzten die Amerikaner eine Lücke in der Genfer Konvention von 1925, die den Einsatz biologischer Kampfmittel nur gegen Menschen verbot, nicht aber gegen Pflanzen. Tatsächlich hat dieser Einsatz aber auch viele zivile Opfer gekostet. Das internationale Rote Kreuz sprach 2002 von 100.000 vietnamesischen Kindern, die als Folge dieser „Entlaubungsmittel“ mit Missbildungen geboren worden seien.

Etwa ab 1967 verlor der anfänglich in der Bevölkerung breit unterstützte Krieg in der USA spürbar an Unterstützung. Es bildete sich eine bald immer breiter werdende Protestbewegung, an der auch die Bürgerrechtsbewegung beteiligt war, die sich in diesen Jahren heftig für die Aufhebung der

Rassendiskriminierung einsetzte. Trotzdem ging die amerikanische Führung zu dieser Zeit noch davon aus, dass dieser Krieg mit immer höherem Einsatz an Menschen und Material gewonnen werden könne.

Fragt man sich heute nach den Faktoren, die Amerika zum Einlenken und die Gegner an den Verhandlungstisch gebracht haben, wo dann zwischen 1968 und 1973 über einen Abzug der Amerikaner verhandelt wurde, dann spielen zwei Punkte die zentrale Rolle: Das ist zum einen die wachsende Kritik in den Öffentlichkeiten der westlichen Länder. Zum anderen war es die sog. Tet-Offensive der NFL Anfang 1968. Ihre zeitweiligen militärischen Erfolge auch in südvietnamesischen Großstädten zeigten, dass das Gerede der militärischen und der politischen Führung, man stehe kurz vor einem entscheidenden Erfolg, nicht den Tatsachen entsprach. Auch wenn die NFL und die nordvietnamesischen Truppen bis zum März 1968 in den Großstädten militärische Niederlagen mit hohen Opferzahlen erlitten hatten: Dass sie überhaupt zu solchen Angriffen im Stande gewesen waren, machte deutlich, dass sie lange nicht am Ende waren.

Vor diesem Hintergrund kam es 1968 zu einer ersten Wende der amerikanischen Vietnam-Politik. Angesichts der aussichtsreichen Präsidentschaftskandidatur von Robert Kennedy, der inzwischen die Domino-Theorie kritisierte und das amerikanische Engagement beenden wollte (ich erinnere mich noch, dass ich im Deutschunterricht im Frühjahr 1968 sein Buch vorgestellt habe), erklärte Lyndon B. Johnson Ende März seinen Verzicht auf eine neuerliche Präsidentschaftskandidatur. Die Bombenangriffe auf den Norden sollten eingestellt und Verhandlungen über einen Abzug der amerikanischen Truppen aufgenommen werden. Umso tragischer für die ganze Welt war dann die Ermordung des charismatischen Robert Kennedy im Juni 1968. Er wäre wahrscheinlich Präsident geworden. Und ebenso wahrscheinlich ist es, dass dann der amerikanische Rückzug nicht erst 1973 stattgefunden hätte.

Richard Nixon wurde Ende 1968 mit dem Versprechen auf einen „ehrvollen Frieden“ zum Präsidenten gewählt. Doch danach sah es lange Zeit nicht aus. Zwar begann 1969 ein schrittweiser Abzug der amerikanischen Truppen, deren Zahl sich schon bis 1971 auf 150.000 Mann vermindert hatte. Jetzt galt eine „Vietnamisierung“ des Krieges als Ziel der amerikanischen Politik. Zu diesem Zweck wurde die Militärhilfe für Südvietnam verstärkt. Doch die Pariser Gespräche kamen ebenso wenig voran wie die Geheimdiplomatie von Sicherheitsberater Kissinger.

1970 wurde der Krieg sogar auf Kambodscha ausgeweitet. Nach dem Sturz von Prinz Sihanouk durch den amerikafreundlichen Marschall Lon Nol kam es zu Truppeneinsätzen nordvietnamesischer Verbände in Kambodscha, die die Position der Roten Khmer im Lande verbesserten. Daraufhin begannen die USA mit massiven Luftschlägen gegen das Land und setzten auch Bodentruppen ein.

Eine Einigung rückte erst näher, als Amerika Mao Tse Tung 1971 das Interesse an einer Verbesserung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen signalisierte. Die Chinesen, die – ebenso wie die Sowjetunion – seit vielen Jahren massive militärische und finanzielle Hilfe für Hanoi zur Verfügung gestellt hatten, drängten nun die Nordvietnamesen zum Einlenken. Bis Herbst 1972 lagen die Grundzüge einer Einigung auf dem Tisch, die den vollständigen Abzug der amerikanischen Truppen, allerdings auch die zumindest zeitweise Akzeptanz einer südvietnamesischen Regierung beinhaltete. Kissingers Aussage, man stehe kurz vor einer Einigung, half Nixon bei seiner Wiederwahl im Herbst 1972 erheblich. Als die nordvietnamesische Führung dann doch nicht zur Unterschrift bereit war, nahmen die Amerikaner die Luftangriffe auf Nordvietnam wieder auf und bombardierten um Weihnachten 1972 jetzt auch Hanoi. Schließlich lenkte Nordvietnam doch ein und im Januar 1973 konnte das Abkommen unterzeichnet werden, das dann zum vollständigen Abzug der amerikanischen Truppen führte. Nur etwa 9.000 Militärberater blieben im Land.

Was Kissinger vorausgesehen hatte, trat in den folgenden Monaten ein. Obgleich die südvietnamesischen Truppenverbände den Einheiten der NLF und der nordvietnamesischen Armee zahlenmäßig überlegen waren, konnte sich das Thieu-Regime auf Dauer nicht halten. Und obwohl nach Landreformen Anfang der 1970er eine gewisse Stabilisierung der Lage in Südvietnam erreicht worden war, blieb die Unterstützung zu labil. Der Abzug der Amerikaner schwächte auch die großstädtischen Mittelschichten, die im Geschäft mit den Amerikanern ihre materielle Existenzgrundlage gefunden hatten. Das war jetzt vorbei. Und die Kampfmoral der südvietnamesischen Armee war gering.

Nachdem man in Hanoi Ende 1974 einen massiven Militäreinsatz beschlossen hatte, kam das Ende im Frühjahr 1975. Mit dem Vorrücken der nordvietnamesischen Verbände nach Süden und der Weigerung der USA, mit einer Luftoffensive den südvietnamesischen Verbänden zu helfen, war das Schicksal des Regimes in Saigon besiegelt. Fluchtartig verließen wohlhabende Vietnamesen und die verbliebenen Amerikaner das Land. Ende April standen die nordvietnamesischen Verbände in der Hauptstadt. Kurze Zeit später rückten die Roten Khmer in Pnom Penh ein.

Während in Kambodscha jetzt mit der Herrschaft der Roten Khmer und ihrem „Steinzeitkommunismus“ das vielleicht schlimmste Kapitel in der Geschichte kommunistischer Regimes begann – es wird geschätzt, dass etwa ein Viertel der Khmer bis 1978 dem Pol Pot-Regime zum Opfer gefallen sind –, galt die Politik der Vietnamesen als gemäßigter. Es darf allerdings dabei nicht übersehen werden, dass nach den Zahlenangaben von Steininger etwa 400.000 Menschen in Arbeits- und Umerziehungslager kamen und 1,4 Millionen in den folgenden Jahren aus dem Lande flohen. Die „Boat People“ fanden in den späten siebziger Jahren auch bei uns Aufmerksamkeit und Hilfe. Man schätzt, dass etwa 50.000 Menschen bei dieser Flucht ertrunken sind.

Der Vietnamkrieg war für die Region eine schreckliche Katastrophe. Zwischen 1955 und 1975 sind hochwahrscheinlich vier bis fünf Millionen Menschen in der Folge von Kriegshandlungen ums Leben gekommen, darunter etwa zwei Millionen Nord- und eine ähnlich hohe Zahl von Südvietnamesen – Soldaten und Zivilisten. Unter den Opfern befinden sich auch fast 60.000 amerikanische Soldaten. Fast 2,7 Millionen GI's sind im Dschungel Südostasiens im Einsatz gewesen. Auch unter den Überlebenden haben viele nicht mehr in ein normales Leben zurückgefunden.

Der Vietnamkrieg ist auch in anderer Weise folgenreich gewesen: Er hat das Vertrauen einer ganzen Generation junger Leute im Westen erschüttert, deren Amerikabild zuvor positiv ausgeformt gewesen, ja die häufig Amerika und die dortige Kultur als offener und freiheitlicher gesehen hatten als die vermeintliche Enge, den Konservatismus und die spießige Verbahrheitung der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Und er hat auch in Amerika selbst gewaltige Konsequenzen gehabt. Der fast missionarische Anspruch, mit dem Amerika als Land der Freiheit und der Demokratie zuvor aufgetreten war, ist schwer erschüttert worden. Die mentale Depression, die das Land in den Jahren nach 1975 befiel, hat dann den Boden bereitet für den Wahlsieg, mit dem Ronald Reagan 1980/81 ins Weiße Haus einziehen konnte.

Was ist da falsch gelaufen? Vorwerfbar ist erst einmal nicht, dass die USA in der Zeit des Kalten Krieges kein Interesse an der weiteren Ausdehnung des kommunistischen Machtbereichs haben konnten. Insoweit hatte es eine nachvollziehbare Logik, dass sie – ähnlich wie in Südkorea – nach der Niederlage der Franzosen als Schutzmacht des antikommunistischen Südens aufgetreten sind. Fraglich ist aber schon, ob das Hintertreiben der ursprünglich für 1956 geplanten Wahlen in ganz Vietnam dadurch zu rechtfertigen ist. Und schon gar nicht zu rechtfertigen ist die in den Folgejahren betriebene Stützung des diktatorischen Diem-Regimes um beinahe jeden Preis. Wenn es darum ging, den südlichen Teil Vietnams als Teil der „freien Welt“ zu erhalten, hätte es Aufgabe amerikanischer Politik sein müssen, die Akzeptanz demokratisch-freiheitlicher Strukturen im Lande zu verbreitern.

Die Stützung eines Diktators aber, der immer wieder gegen die buddhistische Mehrheit des Landes Politik machte und der FNL damit immer neue Unterstützung zutrieb, war das Gegenteil. Man hätte Diem schon viel früher fallen lassen müssen als erst 1963. Dann hätte womöglich die NLF gar nicht so stark werden können.

Die Entscheidung der Johnson-Regierung, nach dem Tonking-Zwischenfall die Bombardierung Nordvietnams zu beginnen und dann mit einem Großaufgebot eigener Truppen ins Land zu gehen, war der wohl schwerste Fehler amerikanischer Politik im 20. Jahrhundert überhaupt. Zumal mit dem Einsatz kein klares strategisches Ziel verbunden war. Die Tötung möglichst vieler Gegner und die Hoffnung auf die Erschütterung nordvietnamesischer Kampfmoral als Folge einer Intensivierung des Luftkrieges wird man kaum eine Strategie nennen können. Erst recht nicht, wenn Maßnahmen der südvietnamesischen Regierung der NLF und Nordvietnam immer wieder Rückhalt in der Landbevölkerung des Südens verliehen. Bei dem verzweifelten Versuch, den Krieg zu gewinnen, ist es dann auch zu einer völligen Verschiebung der Maßstäbe und der Zweck-Mittel-Relationen gekommen. Auch wenn man sich vor jeder Idealisierung der anderen Seite hüten muss – das nordvietnamesische Regime war nie die progressive nationalrevolutionäre Veranstaltung des guten Onkel Ho, mit dessen Bild die angehenden Jungakademiker um 1968 herum durch die westeuropäischen Großstädte zogen -: Die „Body Count“-Strategie war zynisch und die „Entlaubung“ durch Herbizide muss man ein Kriegsverbrechen nennen. Das war nicht zu rechtfertigen – auch nicht durch den Kampf gegen den Kommunismus.

Es ist oft geschrieben worden, dass Amerika den Vietnamkrieg vor allen Dingen in der Öffentlichkeit der westlichen Länder verloren habe. Auf die Dauer war es einer wachsenden Zahl von Menschen einfach nicht mehr plausibel zu machen, dass man einen Kampf um die Freiheit eines Landes dadurch gewinnen wollte, dass man es in die Steinzeit bombte. Die „USA – SA – SS“ – Sprechchöre, die auf den Demonstrationen jener Jahre, bei denen ich mitgelaufen bin, zu hören waren, müssen einem heute peinlich sein (ich habe sie nie mitgerufen). Das naive Bild von den vietnamesischen Sozialrevolutionären wohl auch. Aber der Protest war richtig.

Mit dem amerikanischen Truppenabzug 1973 und der folgenden „Vietnamisierung des Krieges“ war der Sieg der nordvietnamesischen Truppenverbände und des Vietcong nur noch eine Frage der Zeit. Das muss auch Kissinger klar gewesen sein. Dass Amerika dennoch so gehandelt hat, zeigt auch die Stärke der Öffentlichkeit in demokratischen Ländern. Auf Ähnliches wird man freilich in Putins Russland von heute kaum setzen können.

Am 25. Dezember 1979 begann die Sowjetunion mit einer Militäroperation gegen Afghanistan. Beteiligt waren daran zunächst etwa 85.000, später bis zu 115.000 Soldaten. Auslöser für diese Militäraktion waren vor allem die Schwierigkeiten, in die das sozialistisch-kommunistisch orientierte Regime, das sich 1978 in Kabul an die Macht geputscht hatte, geraten war. Der auf die Säkularisierung des Landes und die Entmachtung alter Eliten, bei der es auch zu Morden kam, gerichtete Kurs der Regierung hatte im Land bald zu wachsender Opposition islamistischer, z.T. auch monarchistischer Kräfte geführt. Etwa 30 Oppositionsgruppen bildeten bald die sog. „Mudschahedin“. Hinzu kamen Streitigkeiten und Machtkämpfe innerhalb der Regierungspartei.

Nachdem Ministerpräsident Taraki im Herbst 1979 ermordet worden und Amin Nachfolger geworden war, eskalierten die Konflikte im Lande. Taraki hatte bereits 1978 die Sowjets zu Hilfe gerufen, war jedoch von Breschnew abschlägig beschieden worden. Jetzt änderte die sowjetische Führung ihre Haltung. Angeblich bestand dort auch die Befürchtung, Amin könne sich den Amerikanern zuwenden. Ein Motiv für das sowjetische Eingreifen wird auch in der Sorge vor einem Erstarken islamistischer Tendenzen nach der iranischen Revolution in den muslimischen Sowjetrepubliken gesehen. Der Hauptgrund war aber sicher der Versuch, die sowjetfreundliche Regierung zu stabilisieren.

In der Folge des Einmarsches sowjetischer Truppen wurde Amin ermordet. Neuer starker Mann wurde Babrak Karmal, der 1986 von Nadschibullah abgelöst wurde, der sich bis 1992 an der Macht halten konnte, bis er durch den Sieg der Mudschahedin im nach dem Abzug der Sowjetunion weitergeführten Bürgerkrieg gestürzt und seinerseits von den Taliban 1996 ermordet wurde.

Der sowjetische Einmarsch führte nicht nur zu einer starken Verschlechterung im ohnehin nach dem NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 angespannten Ost-West-Verhältnis. Sichtbarster Ausdruck dafür war neben Wirtschaftssanktionen der Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau durch zahlreiche westliche Staaten. Darüber hinaus kam es bald zu massiver Unterstützung der Mudschahedin durch den Westen, vor allem durch die USA und den Nachbarn Pakistan. Dies schloss auch die Lieferung militärischen Geräts ein. Dass Amerika damit im Ergebnis auch die eigenen späteren Feinde ausrüsten würde, ahnte man damals nicht. Man kann das Bündnis mit den überwiegend sehr konservativ-islamistischen Gruppen nur aus der Konstellation des Kalten Krieges verstehen, in der wieder einmal der Feind meines Feindes mein Freund war.

Es gelang der Sowjetunion und dem afghanischen Regime trotz einzelner Erfolge nicht, das Land dauerhaft zu „befrieden“. Ähnlich wie nach 2001 der Westen kontrollierte man zwar die größeren Städte. Auf dem Land aber blieben die Rebellen eine stetige Gefahr. Zu keinem Zeitpunkt gelang es der sowjetischen Armee, die vollständige Kontrolle über das Land zu erlangen. Dabei spielten die von den USA an die Mudschahedin gelieferten Stinger-Flugabwehrraketen eine wichtige Rolle.

Die neue sowjetische Führung unter Gorbatschow suchte dann ab 1985 nach einem Weg, um die sowjetischen Truppen ohne Gesichtsverlust aus dem Land zurückziehen zu können. Die Chance dazu ergab sich, nachdem die über Jahre erfolglos zwischen Pakistan und Afghanistan geführten Verhandlungen 1988 doch zu einem Ergebnis führten. Beide Seiten stimmten jetzt überein, die territoriale Integrität des jeweils anderen zu respektieren. Das mit den USA verbündete Pakistan hatte die Mudschahedin massiv unterstützt. Das amerikanische Kriegsmaterial war über Pakistan geliefert worden. Jetzt stimmten die Vereinigten Staaten zu, sich im Land nicht weiter zu engagieren. Die Militärhilfe für die Mudschahedin wurde halbiert, 1992 ganz eingestellt. Gleichzeitig wurde der Rückzug der sowjetischen Truppen bis Anfang 1989 vereinbart. Die Sowjetunion würde weiter Militär- und Wirtschaftshilfe leisten, ihr direktes militärisches Engagement aber beenden.

Tatsächlich verließen im Februar 1989 die letzten Einheiten der Roten Armee Afghanistan. Insgesamt sollen im Zusammenhang mit dem Krieg etwa eine Million Afghanen ums Leben gekommen sein. Die Zahl der getöteten russischen Soldaten wird in einer Quelle mit 13.000, in einer anderen mit 26.000 angegeben.

Die Regierung Nadschibullah konnte sich, gestützt auf die bis 1991 fließende sowjetische Hilfe, bis 1992 halten. Die ehemaligen Kommunisten änderten allerdings ihre Grundhaltung zugunsten einer Abkehr vom Säkularismus und einer Förderung des Islam. Wirklich stabil aber wurden die Verhältnisse nicht; eine Gegenregierung der Mudschahedin im pakistanischen Peshawar begrenzte ihre Autorität ebenso wie regionale Warlords. 1992 wurde schließlich Kabul von verschiedenen Mudschahedin-Gruppen eingenommen. Nadschibullah floh in die UN-Vertretung. Nach der Machtübernahme durch die Taliban 1996 wurde er gefoltert und ermordet.

Für das Ende seiner Regierung soll die Einstellung der sowjetischen Hilfe nach der Auflösung der Sowjetunion eine entscheidende Rolle gespielt haben. Während der Westen fortan das Interesse an Afghanistan erst einmal völlig verlor, versank das Land nach 1992 vollends im Chaos rivalisierender Clan- und Stammesführer, bis schließlich die Taliban die Macht übernehmen konnten.

Der sowjetische Afghanistan-Krieg weist mancherlei Parallelen zum Krieg in Vietnam auf, wenngleich auf niedrigerem Niveau, was die Zahl der Truppen und die Opfer anlangt. Ähnlich wie Amerika in den

Krieg hineingeriet, weil man eine kommunistische Machtübernahme im Süden unter allen Umständen verhindern wollte, sah die Sowjetunion Ende 1979 die Notwendigkeit, einem in Bedrängnis geratenen Partner zu helfen. Ähnlich wie Nixon und Kissinger suchte auch Gorbatschow nach einem Ausweg ohne großen Gesichtsverlust. Ihm war klargeworden, dass die Mudschahedin militärisch nicht endgültig zu besiegen waren. Und gleichzeitig behinderte das militärische Engagement auch seine Absicht einer Verständigung mit dem Westen. Gar nicht zu reden von den Kosten. Für die amerikanische Seite war die Entwicklung Afghanistans nach dem sowjetischen Truppenabzug nur noch ein Randproblem. Das sollte sich erst 2001 schlagartig ändern.

Im Blick auf Russlands Agieren von heute liefert der Afghanistan-Rückzug nur wenig Parallelen. Der Abzug damals hatte neben der Einsicht, militärisch nicht wirklich gewinnen zu können, sicher auch damit zu tun, dass ein solcher „Stellvertreterkrieg“ nicht mehr in eine politische Landschaft passte, in der die Zeichen auf ein neues Verhältnis der Sowjetunion zum Westen gerichtet waren. Davon sind wir heute weit entfernt. Putin ist leider nicht Gorbatschow.

5. Der Golfkrieg 1990/91

Am 2. August 1990 besetzten irakische Truppenverbände den Nachbarstaat Kuwait. Drei Wochen später wurde Kuwait offiziell dem irakischen Staatsverband einverleibt. Vorausgegangen waren Streitigkeiten zwischen dem Irak und Kuwait, die mit der hohen Verschuldung des Irak nach dem iranisch-irakischen Krieg, einer angeblich den Ölpreis drückenden vermeintlichen Überförderung des Öls durch Kuwait und dem Streit um ein Fördergebiet in der Grenzregion zu tun hatten.

Im Krieg mit dem Iran hatte der Westen eher die irakische Seite unterstützt. Entscheidend dafür war die Sorge vor einem weiteren Erstarken des islamischen Fundamentalismus. So war etwa Frankreich neben der Sowjetunion einer der wichtigsten Waffenlieferanten für Saddam Hussein gewesen. Offenbar glaubte der irakische Diktator, im Windschatten der auf die großen Veränderungen in Deutschland und Europa fixierten Weltöffentlichkeit einen innerarabischen Konflikt durch eine Militäraktion zu seinen Gunsten lösen zu können.

Doch bereits am 9.8. verurteilte der UN-Sicherheitsrat mit Zustimmung der Sowjetunion die Besetzung des Iraks. Die Resolution 662 bezeichnete die Annexion als „null und nichtig“. Weiter stellte der Sicherheitsrat mit der Resolution 678 ein Ultimatum, das den Irak zum Rückzug aufforderte. Anderenfalls werde es eine internationale Militäraktion geben, um den alten Zustand wiederherzustellen. Als Termin für den Ablauf des Ultimatums wurde der 15.1.1991 angesetzt.

Auch in der arabischen Welt fand Saddam Hussein nur geringe Unterstützung. Nur Libyen und die PLO standen auf seiner Seite – trotz aller Versuche Saddams, die Kuwait-Frage mit dem Nahost-Problem und dem israelischen Besatzungsregime in den Palästinensergebieten zu vermischen und die arabische Welt gegen die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Region zu mobilisieren.

Nachdem Saddam Hussein zunächst versucht hatte, durch die Geiselnahme amerikanischer und britischer Bürger, die im Irak in Hotels eingewiesen wurden, menschliche Schutzschilde gegen eine Invasion durch UN-Truppen aufzubieten, konzentrierten sich die diplomatischen Bemühungen im Herbst sehr stark darauf, die Ausländer aus dem Irak herauszubekommen. Auch Altkanzler Brandt war an diesen Bemühungen beteiligt, reiste im November 1990 nach Bagdad und erreichte tatsächlich die Ausreiseerlaubnis für 174 Menschen. Das Ziel, Saddam Hussein zu einem Truppenabzug ohne Vorbedingungen zu bewegen, wurde jedoch verfehlt. Die Irakis

bestanden darauf, dass das nur für den Fall in Frage käme, wenn sich auch die Israelis aus den von ihnen besetzten Gebieten zurückzögen.

So kam es dazu, dass in der Nacht vom 16. auf den 17.1.1991 eine Koalition aus 34 Staaten mit Luftschlägen der US-Luftwaffe die Operation „Desert Storm“ begann. 600.000 Soldaten, 2000 Panzer und 1800 Flugzeuge waren dafür aufgeboten worden. Knapp drei Viertel davon stellten die USA. Deutschland war nicht dabei, ebenso wenig Japan. Dabei aber waren auch Truppenverbände aus der arabischen Welt.

Für die Bundesregierung galt zu dieser Zeit, dass Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes durch die Verfassung nicht erlaubt seien. Zudem wäre eine Beteiligung der Bundeswehr auf den Unwillen einer Bevölkerungsmehrheit gestoßen, die so kurz nach der Einheit überhaupt nicht darauf eingestellt war, dass vom vollständig souverän gewordenen größeren Deutschland jetzt auch eine neue weltpolitische Rolle eingefordert werden würde. Für viele im linken und grünen Spektrum der Gesellschaft galt der Krieg sogar eher als ein Krieg, der für amerikanische Ölinteressen geführt werde. „Kein Blut für Öl“ war eine auf den Demonstrationen zu Anfang 1991 viel geäußerte Parole. Aus dem eher linken Spektrum der Gesellschaft waren es seinerzeit nur Wolf Biermann und Hans Magnus Enzensberger, die dem linken Pazifismus öffentlich entgegentraten. Hans Christian Ströbele äußerte als Grünen-Parteichef im Februar 1991 sogar Verständnis für die irakischen Luftangriffe auf Israel. Das war dann allerdings auch den damals noch sehr pazifistischen Grünen zu viel; er musste zurücktreten. Eine eigenartige Katastrophenstimmung machte sich Anfang 1991 in Deutschland breit. Ulrich Herbert spricht von einer „gewissen Hysterisierung“ (Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert). 200.000 Menschen demonstrierten seinerzeit in Bonn. Und sogar der Karneval fiel aus.

Am Ende entsandte die Regierung 18 veraltete Jagdbomber in die Türkei – eher eine symbolische Geste. Nachdem Saddam Hussein Raketenangriffe auf Israel gestartet hatte, bot man den Israelis immerhin Patriot-Abwehrraketen an. Später auch acht Spürpanzer und zwei U-Boote. Vor allem aber zahlte Deutschland: Insgesamt 16,9 Mrd. DM sollen die USA, die Türkei und arabische Anrainerstaaten bekommen haben – auch für humanitäre Soforthilfe. Insgesamt hat Deutschland etwa 30% der Gesamtaufwendungen für die humanitäre Soforthilfe getragen. Böse Zungen in den Hauptstädten unserer Bündnispartner sprachen damals von „Ablasshandel“ und „Scheckbuchdiplomatie“.

Saddams Hoffnung, die arabische Welt durch die Angriffe auf Israel auf seine Seite ziehen zu können, blieb vergeblich. Am 24.2. begannen die überwiegend amerikanischen Verbände mit ihrer Bodenoffensive. Schon nach wenigen Tagen mussten sich die irakischen Verbände aus Kuwait zurückziehen. Die amerikanischen Einheiten verfolgten die sich auflösenden Militärverbände zwar bis tief in den Irak hinein. Sie verzichteten aber auf eine Eroberung Bagdads und den Sturz des Saddam-Regimes. Dies wäre durch die Resolution des Sicherheitsrates nicht legitimiert gewesen.

Stattdessen ermunterte man die Kurden zu einem Volksaufstand im Norden des Landes. Der aber wurde von den irakischen Militärs blutig niedergeschlagen, wobei es auch zum Einsatz von Giftgas kam. Auch die Rebellion der aufständischen Schiiten im Süden wurde gewaltsam niedergemacht. Am 12. April 1991 trat dann ein Waffenstillstand in Kraft, der zwar Flugverbotszonen für das irakische Militär in den aufständischen Gebieten vorsah, ansonsten aber Saddam Hussein die Möglichkeit ließ, seine Herrschaft zu behaupten.

Später ist immer mal wieder die Ansicht geäußert worden, man hätte doch besser im Frühjahr 1991 die Gunst der Stunde nutzen und gleich das Regime von Saddam Hussein beseitigen sollen. Dann hätte es den Irak-Krieg 2003 und seine desaströsen Folgen für das Land wahrscheinlich gar

nicht gegeben...Politisch-pragmatisch-realpolitisch ist da etwas dran, moralisch vielleicht auch. Aber völkerrechtlich eben nicht. Die alliierten Verbände besaßen dafür kein UN-Mandat. Vermutlich hätte kaum jemand dem Saddam-Regime eine Träne nachgeweint. Aber der Herrschaft des Rechts hätte es nicht entsprochen...

Die Opferzahlen, die der Krieg gefordert hat, sind sehr umstritten. Wissenschaftler gehen von 25.000 bis 75.000 gefallenen Irakis aus. Vergleichsweise niedrig sind die Opferzahlen auf Seiten der Allianz ausgefallen: US-Quellen sprechen von 148 Gefallenen und 137 durch Unfälle oder auf andere Weise ums Leben gekommene Soldaten. 48 Briten, 18 Saudis, 13 andere Araber und zwei Franzosen sollen getötet worden sein. Mit dieser Bilanz hat der Irak-Krieg weitaus weniger Opfer gekostet als all die anderen anderen kriegerischen Konflikte, die wir in dieser Betrachtung in den Blick genommen haben. Aus heutiger Sicht ist die Stimmung in Deutschland von damals, die der schon zitierte Herbert „katastrophenselig“ nennt, kaum noch nachvollziehbar.